



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470
Fernsprecher 24884 - 88
Fernschreiber 0696890

B/XIII/44 - 22. Februar 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe :

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Niet! - Niet! - Niet!
Torpedos gegen Rapacki-Plan

65

3 - 4

Die grosse französische Krise
Versuche zur Neugruppierung der französischen
Mitte nicht aussichtsreich

106

5

Das AA fragt das AA
Geburtswehen bei der Grossen Anfrage der CDU

49

6

Die Genugtuung des "Rheinischen Merkur"
Jubel über die Entlassung Stessens

50

* * * * *

Niet! - Niet! - Niet!

G.M. - Die Bundesregierung ist eifrig um den Nachweis bemüht, dass sie das "Niet" der Russen bei früheren Verhandlungen gut gelernt hat.

Wir vernahmen, Bonn wollte nicht mit Warschau isoliert über den Rapacki-Plan verhandeln. Hierüber liesse sich unter Umständen noch diskutieren, da es sicher zweckmässig ist, die mit dem Rapacki-Plan in Zusammenhang stehenden Fragen auch mit denen zu erörtern, die als "Anlieger" Deutschlands in Ost und West selbstverständlich auch an der Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa interessiert sein könnten.

Wichtiger ist jedoch der Vorstoss des Bundesverteidigungsministers Strauss, der in Gegensatz zu Erklärungen aus dem Auswärtigen Amt verkündet, er wolle doch in Verhandlungen über den Rapacki-Plan eintreten. Allerdings mit der Forderung, dass auch Rumänien, Ungarn und sogar Albanien in den Bereich einer atomwaffenfreien Zone einbezogen werden sollen.

Was Herr Strauss sonst noch dazu sagt, lässt vermuten, dass auch er einmal die scheinbar unbedachtvolle Rolle spielen möchte, die sein Bundeskanzler Adenauer während der letzten NATO-Konferenz in Paris zu spielen beliebte. Die Rolle des niederen Onkels, der so tut, als wäre er nicht, aus den Bonbons, die er an seine Neffen und Nichten verteilt, von schlechtester Qualität sind.

Mit seiner Vorschlag, Ungarn, Rumänien und Albanien in die von Rapacki vorgeschene atomwaffenfreie Zone einzubeziehen, provoziert Strauss natürlich die Warschauer oder Moskauer Antwort, dass dann auch Italien, Frankreich, die Benelux-Staaten (Belgien, Holland, Luxemburg) und die Türkei Bestandteil der atomwaffenfreien Zone oder des kontrollierten Gebietes sein müssten.

Man verüble uns nicht das Wort "Provokation": Wer aber auch nur etwas von der gegenwärtigen Politik der atomwaffensüchtigen französischen, italienischen und türkischen Regierungen weiss, wer bekannt ist - und Herrn Strauss ist es bekannt! - dass sich sogar Holland um amerikanische Atomwaffen bemüht, der kalkuliert durch solche Verschlüge und die hierauf zu erwartenden Reaktionen von vornherein das Scheitern von Verhandlungen über den jetzt vorliegenden Rapacki-Plan in seine Berechnung ein. Der will den Erfolg einfach nicht!

Die bisher bekanntgewordenen Anregungen des polnischen Ausserministers haben ohne Zweifel zum Ziel, die Verkrampfung zwischen Ost und West in Europa zunächst einmal in einem begrenzten Raum aufzulockern. Möglicherweise will die polnische Regierung - vielleicht sehr zum Unbehagen Moskaus! - eine Situation in Europa schaffen helfen, bei der sie damit rechnen kann, dass die russischen Truppen aus Polen abgezogen werden.

Wer will diese Möglichkeit von der Hand weisen? Jedenfalls wissen wir von sehr gut unterrichteten Beamten des Auswärtigen Amtes in Bonn, dass man gerade in dieser Frage noch sehr im Dunkeln tappt.

Aussenpolitik im Sinne der Erreichung des Möglichen heisst man nicht dadurch, dass man Forderungen aufstellt, von denen jeder weiss, dass sie nicht realisierbar sind und im Gegenzug ein "Niet" herausfordern. Wer es trotzdem tut, spielt va banque. Er begibt sich auf das Terrain der leichtfertigen Spekulation und setzt das Schicksal der Nation, die er zu vertreten vorgibt, grössten Gefahren aus.

Worum geht es denn im Augenblick? Doch nicht darum, dass man sich jetzt gegenseitig mit Forderungen übertrumpft. Es geht schlicht und einfach um die Prüfung des Geländes, aus dem Ansatzpunkte für eine Entspannung zwischen Ost und West gefunden werden können.

Das von Herrn Strauss am Freitag entzündete Feuerwerk ist Illusions-Politik im wahrsten Sinne des Wortes und eine schlechte Begleitmusik zu den Bemühungen jener, - in Deutschland und im Ausland - die an die Stelle der Politik des atomaren Rüstungswettlaufs endlich eine Politik der Vernunft setzen wollen.

Die grosse französische Krise

B. - Paris

Das französische Kleinbürgertum hat seinen politischen Standort und sein politisches Gleichgewicht verloren. Es schwankt seit Kriegsende zwischen den Parteien der Linken und der Rechten hin und her und erweist sich bisher unfähig zur neuen Konzentration:

Vor dem Krieg sah das französische Kleinbürgertum - soweit es nicht nationalistischen Ideen erlag - in der Radikalsozialistischen Partei Edouard Herriots ihren politischen Willensausdruck. National - ohne nationalistisch zu sein, demokratisch-liberal, nicht anti-sozial aber anti-sozialistisch trotz ihres Namens, stets bereit für die Sicherung des Privateigentums einzutreten, auch wenn sie gelegentlich - wie beispielsweise Herriot selbst, in energischer Weise gegen die Vormachtstellung der Banque de France auftrat, die in unzulässiger und undemokratischer Weise gegen die Volksvertretung in die Staatsangelegenheiten eingriff und gelegentlich Regierungen stürzte. Das französische Kleinbürgertum war anti-klerikal, aber nicht anti-kirchlich, schuf die Laizengesetzgebung des Jahres 1905 mit Trennung von Staat und Kirche und Kirche und Schule und neigte im übrigen pazifistischen Ideen zu, die sich in der Erziehung stark auswirkten, auch wenn gelegentlich Zeiten der nationalen Hochspannung die pazifistischen Tendenzen in den Hintergrund drängten. Es liebte einen starken Staat, der sich wenig bemerkbar machte, nach aussen wirksam war und sich der Eingriffe in die private Lebenssphäre enthielt.

Seit dem Kriege trat in der Grundhaltung des französischen Kleinbürgertums, zu dem auch die grosse Mehrheit der bäuerlichen Bevölkerung zählt, ein grundlegender Wandel ein.

Durch den Krieg schwer angeschlagen

Die radikalsozialistische Partei hatte sich allzu sehr mit dem Staat identifiziert und stets von sich behauptet, sie sei die "Infanterie der Republik". Partei und 3. Republik galten nahezu als Einheit. War es da nicht allzu verständlich, dass diese Partei für den Zusammenbruch im Kriege verantwortlich gemacht wurde, da ihre führenden Männer allen Regierungen der Vorkriegszeit angehörten und vielfach als Ministerpräsidenten diese Regierungen leiteten? Namen wie Edouard Herriot, Edouard Daladier, Theodore Steeg, Camille Chautemps, Albert Sarraut, kannte jeder Franzose. Diese Namen waren die Aushängeschilder der Radikalsozialistischen Partei. Kein Wunder, dass angesichts der durch die unglückliche Kriegsentwicklung und die folgende Schaffung der Vichy-Regierung unter Marschall Petain diese Partei nur wenig politischen Kredit besass, so dass sie in den ersten Nachkriegsjahren nur eine sehr bescheidene politische Rolle spielen konnte. Die grosse Masse der Kleinbürger Frankreichs hatte unter dem Eindruck des Kriegserlebnisses und der Widerstandsbewegung andere politische Positionen bezogen. Man fand sie bei den Gaullisten, den Christlich-Sozialen, bei den Sozialisten und selbst in einer nicht geringen Masse bei den Kommunisten, wie alle Wahlen der Nachkriegsjahre immer wieder bestätigten.

Hinwendung zu neuen Parteien

Das Abflauen des Anti-Klerikalismus und das Aufkommen einer christlich-sozialen Partei (MRP) hat naturgemäss für den Wiederaufbau der Radikalsozialistischen Partei hemmend gewirkt. Zahlreiche Kleinbürger, vor allem solche, die nicht mehr unmittelbar unter dem Einfluss der grossen anti-klerikalen Auseinandersetzungen früherer Jahrzehnte stehen, haben sich den Christlich-Sozialen zugewandt und beweisen ihnen eine relative

Treue. Andere ehemalige radikalsozialistische Wähler verfielen der Demagogie der sogenannten Unabhängigen, einer konservativen und teils reaktionären Gruppierung, da der Staat aus Kriegsfolge-Gründen und auch um den in der Welt eingetretenen Entwicklung Rechnung zu tragen, zu dirigistischen Methoden der Wirtschaftsführung gezwungen war, die Eingriffe in die private Interessenssphäre nicht ungehen liessen. Einer der Führer der Unabhängigen, der Abgeordnete Antoine Pinay, wurde ihr neues Idol: Sie glaubten, er könne sie vor staatlichen Eingriffen und Steuerlasten retten.

Zerflossene Nachkriegsträume

Heute steht das französische Kleinbürgertum vor einer merkwürdigen Situation. Zahlreiche Nachkriegsträume sind verfliegen. Vor allem der Traum einer geläuterten, sozialen Demokratie in einem starken, innen und aussen geschätzten Staat. Der Gaullismus hat enttäuscht, obgleich das Vertrauen in General der Gaulle erhalten blieb, ja erneut anwächst. Die Unabhängigen haben sich trotz des Neo-Liberalismus eines Antoine Pinay zu stark grossbürgerlichen, Industrie-Mercato- und Finanzinteressen anverworfen. Der Poujadismus erwies sich als eine Seifenblase. Weder der Konservatismus, noch die nationalistische und reaktionäre Grundhaltung entspricht dem Streben der Masse der französischen Kleinbürger, die sich noch immer geistig von der Devise der Grossen französischen Revolution "Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit" nähren möchten. Nur fehlt der Mut zur politischen Konsequenz.

Jetzt stellt sich für die bewussteren Kreise des französischen Kleinbürgertums erneut das Problem der politischen Sammlung und Neuordnung. Die ersten Schritte zur Zusammenfassung wurden bereits vor längerer Zeit eingeleitet. Sie zielen zunächst auf die Konzentration der Kräfte im parlamentarischen Raum ab, auch zur Konzentration der Mitte.

Diese Entwicklung wurde gefördert durch den Sieg der Gegner von Mendes-France auf dem letzten Parteitag der Radikalsozialistischen Partei. Damit wurde die Möglichkeit des Gesprächs mit den Abtrünnigen um Henri Queuille und André Morice eröffnet, in deren Gruppe sich gleichfalls Ausöhnungstendenzen bemerkbar machen, wenn sie auch bei dem ehemaligen Verteidigungsminister André Morice zur Zeit noch wenig Anklang finden. Die Sammlungsbewegung der Republikanischen Linken unter Edgar Faure hat bereits vor einiger Zeit aus taktischen Gründen mit der von Francois Mitterrand, dem früheren Innen- und Justizminister und dem früheren Ministerpräsidenten René Pleven geführten demokratisch-sozialistischen Widerstandsvereinigung und der Afrikanern um den jetzigen Minister für Volksgesundheit Hopducet-Boigny geleiteten Afrikanischen Sammlung (RDA) eine Fraktionsgemeinschaft gebildet und ausserdem Pünken fortgesetzt Kontakte zwischen all den kleinen Splittergruppen radikalen und gaullistischen Ursprungs statt, mit dem Ziele der Bildung einer starken demokratisch-republikanischen Partei der Mitte, die die Rolle übernehmen soll, die einstmal die Radikalsozialistische Partei in der 3. Republik jahrzehntelang gespielt hat. Alles scheint für diese neue Partei bereit zu sein, nur eines fehlt: Das gemeinsame politische Programm und der feste Wille, dieses gemeinsame Programm zu verwirklichen. Bei allen Diskussionen der letzten Jahre klappten die Gegensätze in den Reihen der gleichen Kreise in heftiger Weise aufeinander. Auch jetzt muss noch angenommen werden, dass der Zeitpunkt der Neu-gruppierung und Konzentration der französischen Mitte zum Schaden der Republik noch nicht gekommen ist, so gross auch die Sehnsucht und der Wille danach in den Kleinbürgerlichen Kreisen Frankreichs sind.

Das AA fragt das AA

FB.- Nach den letzten Informationen wird die sicherlich sehr gespannte deutsche Öffentlichkeit den Wortlaut der Grossen Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Aussenpolitik erst am Dienstag kommenden Woche erfahren können. Eine Anfrage, die eine teils turbulente, teils groteske Vorgeschichte hat und bei der in der Zwischenzeit feststeht, dass nicht die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Bundesregierung, sondern das Auswärtige Amt sich selber Fragen stellt.

Am Donnerstag dieser Woche tagte die CDU/CSU-Fraktion, die den Grundsatzbeschluss fasste, die erwähnte Grosse Anfrage einzureichen. Das kann der CDU/CSU-Fraktion niemand verwehren. Wenn sie selber nicht weiss, wie die aussenpolitische Linie der Bundesregierung ist, dann muss sie eben fragen. Nach Abschluss der Diskussion wurde eine kleine Arbeitsgruppe beauftragt, den Wortlaut dieser Grossen Anfrage zu formulieren. Jetzt aber kommt der Riesenspass! Diese Arbeitsgruppe hat nicht eigene Initiativen zu Papier gebracht, sondern sie hat sich still und heimlich ins Auswärtige Amt verzogen und dort mit den Beamten des Amtes beratschlagt, welche Fragen man zu stellen habe. So tritt der groteske Zustand ein, dass das Auswärtige Amt sich selber fragt, was es eigentlich antworten will.

Nach der Niederlage in der aussenpolitischen Debatte am 23. Januar 1958 hat sich so die CDU/CSU-Fraktion für die Mitte März fällige zweite Aussprache auf diesem Gebiet von vornherein einen schlechten Dienst erwiesen. Manöver-Kritik hin, Manöver-Kritik her, wenn man sich solche Eskapaden leistet, dann wird es auch im März nicht gut gehen können.

Dabei war schon der Grundsatzbeschluss, eine aussenpolitische Debatte anzuregen, von heftigen Geburtswehen begleitet. Nach der Niederlage vom 23. Januar 1958 hat man zunächst spontan wie die homerischen Helden gedreht und Schimpfworte ausgestossen. Es versteht sich von selbst, dass an der Tiefschlag-Serie der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rasner, führend beteiligt war, denn er fürchtete zuerst, dass ihn seine Fraktion für die missglückte erste aussenpolitische Debatte Vorwürfe machen würde. Damals hat man sehr richtig sofort die zweite aussenpolitische Debatte gefordert. Als die Opposition darauf einging und konkrete Vorschläge unterbreitete, wie man mit einem sachlichen Thema zu dieser Debatte kommen könnte, da wurden die CDU/CSU-Herren allerdings wieder Kleinalaut und versteckten sich hinter den Bundeskanzler, der doch erst von der Riviera zurückkommen müsse. Erst nach vier Wochen fanden sie ihren Mut wieder, aber auch der scheint nicht allzu gross zu sein, sonst würde man sich nicht hinter dem Auswärtigen Amt verstecken.

Die CDU/CSU hat sogar den Eindruck zu erwecken versucht, als wenn sie es wäre, die darauf brennt, sich erneut der parlamentarischen Schlacht zu stellen. Das ist grundfalsch. Ihr parlamentarischer Eifer erwachte erst, als sie ohnehin einsehen musste, dass eine zweite aussenpolitische Debatte nicht zu vermeiden ist. Bis dahin aber wird sie noch wie weiland die homerischen Helden kräftig schimpfen. Aber schon die griechische Geschichte beweist, dass nachher meistens nicht die Gewinner haben, die vorher das grösste Wort führten.

Die Genugtuung des "Rheinischen Merkur"

sp. Der "Rheinische Merkur" äussert Genugtuung über die Entlassung des Abrüstungsexperten Stassen aus den Diensten der amerikanischen Regierung. Stassen, gegen den schon seit vielen Monaten sich das Trommel-Feuer aller Abrüstungsgegner gerichtet hatte, musste schliesslich dem Übermächtig gewordenen Druck weichen. An ihn bewahrheitete sich das Wort von den vielen Hundern, die des Hasen Tod sind. Als Präsident Eisenhower seinerzeit Stassen eigens ernannte, um die vielschichtigen Probleme der Abrüstung zu studieren, liess das die Welt aufhorchen. Sie erblickte darin einen Hoffnungsschimmer. Stassen hatte den Mut, auch eigene Ideen zu entwickeln. Den Zorn seiner Gegner rief er hervor, als er es wagte, mit dem russischen Gesprächspartner bei den Londoner Abrüstungsverhandlungen Gespräche unter vier Augen zu führen. Seine "Freunde" und Auftraggeber vermuteten dahinter eine Fehlelei und sie schossen aus allen Rohren.

Das Scheitern der Londoner Abrüstungsverhandlungen wurde bei allen Freunden des Friedens als eine Tragödie empfunden. Zu denen, die Stassen Knüttel auf den Weg warfen, gehörte auch der amerikanische Aussenminister Dulles. Dieser sonderbare und auch in den Vereinigten Staaten sehr umstrittene Mann bevorzugt eine Politik "hart am Rande des Krieges". Er befürwortet eine "Politik der Stärke". Seine Hoffnung ist es, dass die Sowjetunion bei einem auf sie ausgeübten militärischen Druck eines Tages zum Nachgeben gezwungen sein werde und all das zugestehen müsse, was die Vereinigten Staaten an sowjetischen Zugeständnissen für notwendig erachten.

Dieser an der Vergangenheit orientierten Diplomatie war bisher der Erfolg versagt und er wird ihr auch in der Zukunft versagt bleiben.

Für den "Rheinischen Merkur" gab die Entlassung Stassens Anlass zu einem wahren Freudenausbruch. Für ihn war dieser Amerikaner "ein Symbol, er verdankte Amt und Einfluss den Gauder Hoffnungen, er verkörperte gewisse Unterströmungen der amerikanischen Politik, die auf direkte Verhandlungen mit Moskau drängten... das Aufsteigen des Roten Mondes hat diese Strömungen vorrechn lassen; der Sputnik hat Stassen abgeschossen".

Dass der "Rheinische Merkur", von dem man sagt, er gehöre zu der Lieblingslektüre des Bundeskanzlers, sein Freund einer auf Entspannung gerichteten Politik ist, war schon bekannt; dass er aber einen Fehlschlag in den Bemühungen um eine weltweite Abrüstung, bei der sich ein Klassen bis an die Grenze der physischen Leistungsfähigkeit strapazierte, begrüssst, ist doch schockierend. Dieses Blatt militanter Abendländer deklariert sich immer mehr als das Organ einer kriegerischen Politik.

* * *